

immer von dem Feldkircher Rentmeister abgegeben. Bei Schluß der Versammlung wurde über den Verlauf und das Ergebnis derselben ein Protokoll aufgenommen, welches von allen Ständen unterschrieben und jedesmal dem Fürsten vorgelegt wurde.

Der erste Landtag wurde Montag am 15. März 1819 abgehalten, das Ergebnis fand jedoch nicht die Zufriedenheit des Fürsten, da die Stände die als Beitrag zum Gehalte des Gesandten und als Kanzleihonorar für das Innsbrucker Appellationsgericht geforderten Summen von zusammen 1500 fl. nicht annehmen wollten; es wurde daher auf den 1. Juni abermals ein Landtag ausgeschrieben; hiebei wurde den Ständen ein im fürstlichen Auftrage verfaßtes Schreiben vorgelesen und ihnen in Erinnerung gebracht, daß der Fürst freiwillig auf eine Zivilliste gänzlich verzichtet habe, daß er dem Lande bedeutende Vorschüsse für Militärzwecke unverzinslich gewährt habe, daß er sich mit kleinen Raten zur Abzahlung dieser Vorschüsse begnüge, daß er seine nach den früheren Verträgen steuerfreien Privatgüter im Lande der Besteuerung unterziehen lasse, daß die Kosten für die dritte Gerichtsinstanz geringer seien, als in irgend einem Bundesstaate, daß ihm endlich allein das Recht zustehe, die Besoldungen der Beamten (daher auch des Gesandten) zu bestimmen. Das Postulat wurde hierauf angenommen, gleichzeitig aber der Wunsch um Ermäßigung der für die zwei erwähnten Posten eingesetzten Summe von insgesamt 1500 fl. vorgebracht. Bei einer dritten Ständeversammlung, die am 27. Dezember des gleichen Jahres stattfand, wurde den Ständen im Auftrage des Fürsten mitgeteilt, daß diesen Wünschen nicht entsprochen werden könne, weil es nicht in der Macht des Fürsten stehe, die mit Oesterreich getroffene und der Bundesversammlung mitgeteilte Vereinbarung über die Errichtung der 3. Gerichtsstelle für Liechtenstein einseitig zu modifizieren und weil eine wohlfeilere Gesandtschaft in Frankfurt nicht aufgestellt werden könne, indem deren Aufstellung von der Einwilligung der übrigen 7 Fürsten der 16. Kurie abhängt, kein einziger Gesandter in Frankfurt so schlecht bezahlt sei, wie dieser und die angelegte Summe von 1200 fl. der vom Fürsten wirklich ausgelegten bei weitem nachstehe.